



Rentner in der Großstadt

Generation 50plus. Schon in wenigen Jahren gehen die ersten Vertreter der geburtenstarken Jahrgänge in Rente – das sorgt für tiefgreifende Veränderungen in Deutschland, auch auf dem Immobilienmarkt. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat analysiert, wie der Wohnungsmarkt im Jahr 2030 aussehen wird, und die künftigen Rentner gefragt, wie und wo sie leben möchten.

Zwischen 1955 und 1969 lag die Zahl der Neugeborenen in Westdeutschland stets über 1,1 Millionen und sie erreichte im Jahr 1964 mit

fast 1,4 Millionen ihren Höhepunkt. Aus den sogenannten Babyboomern werden aber schon sehr bald Senioren – nämlich ab dem Jahr 2020,

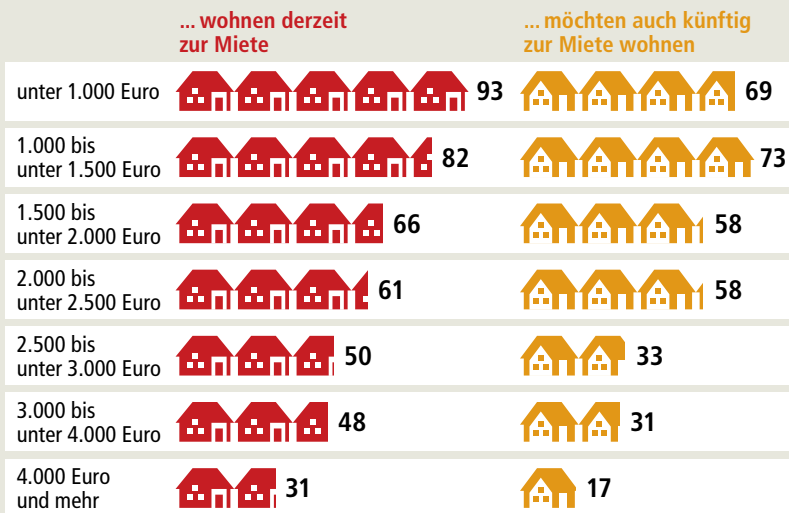
wenn die ersten von ihnen das gesetzliche Rentenalter erreichen.

In den darauffolgenden zehn Jahren wird sich die Bevölkerungsstruktur dann drastisch verschieben – der Anteil der mindestens 65-Jährigen an der Bevölkerung steigt von knapp 21 Prozent im Jahr 2013 auf nahezu 28 Prozent 2030. Zu diesem Zeitpunkt werden in der Bundesrepublik fast 22 Millionen Rentnerinnen und Rentner leben – heute sind es knapp 17 Millionen.

Die Veränderungen der Altersstruktur werden sich in allen möglichen Bereichen bemerkbar machen, zum Beispiel im Einzelhandel, auf dem Arbeitsmarkt, in den Sozialversicherungen – und auch auf dem Immobilienmarkt. Um den künftigen Bedarf – zum Beispiel an altersgerechtem Wohnraum – abschätzen zu können, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in Kooperation mit der Immobilienentwicklungsgesellschaft Bouwfonds Property Development (BPD) die Generation der heute 50- bis 65-Jährigen im Sommer 2015 →

Die Wohnvorstellungen der Generation 50plus

So viel Prozent der 50- bis 65-Jährigen mit folgenden Nettomonatseinkommen ...



Befragung von 305 Personen im Alter von 50 bis 65 Jahren in Großstädten ab 100.000 Einwohnern im Sommer 2015; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 49

Inhalt

Arbeitskosten. Die Kehrseite der kräftigen Reallohnsteigerungen ist die eingetrübte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft.
Seite 3

Ausbildung. In Deutschland bilden 12 Prozent aller Ausbildungsbetriebe junge Menschen mit einer Behinderung aus. Vor allem größere Firmen engagieren sich.
Seite 4-5

Euroländer. Die Strategien der einzelnen Staaten in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik sind sehr unterschiedlich.
Seite 6

Staatshaushalt. Die öffentlichen Ausgaben wachsen derzeit sprunghaft – nicht zuletzt aufgrund der Hilfen für Flüchtlinge.
Seite 7

Städteranking 2015. Der erstmals erstellte Zukunftsindex weist Darmstadt als die Stadt mit den größten Potenzialen aus.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ nach ihren Wünschen gefragt und zudem eine Prognose der Wohnungsnachfrage dieser Generation für alle 402 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland erstellt.

Die aktuelle Situation der Generation 50plus – befragt wurden für die Studie 50- bis 65-Jährige in Großstädten mit mindestens 100.000 Einwohnern – ist schnell beschrieben: Die meisten von ihnen leben entweder allein (45 Prozent) oder als Paar ohne Kinder (40 Prozent), wobei „ohne Kinder“ auch heißen kann, dass diese bereits aus dem Haus sind. Gut die Hälfte dieser Haushalte wohnt in den eigenen vier Wänden, der Rest zur Miete.

Fragt man diese Menschen, wie sie sich das Wohnen im Alter vorstellen, fällt auf, dass sich mehr als zwei Drittel von ihnen entweder noch gar nicht oder nur wenig mit dieser Materie beschäftigt haben. Dennoch äußert gut ein Viertel der Befragten den Wunsch, umzuziehen.

Von den Umzugswilligen wiederum wohnen derzeit 84 Prozent zur Miete, die anderen leben im Eigenheim. Bei der Frage, wo sie im Alter am liebsten wohnen möchten, fällt das Votum der künftigen Rentner recht eindeutig aus (Grafik):

Rund 80 Prozent der heute 50- bis 65-Jährigen, die mit dem Gedanken an einen Umzug spielen, möchten im Alter in einer Großstadt leben – am liebsten „in ruhiger Lage und nah an der Innenstadt“.

Auch bei der Wohnform sind sich die meisten einig. Wer bereits heute ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung besitzt, kann sich praktisch gar nicht vorstellen, künftig zur Miete zu wohnen. Umgekehrt wünschen sich von den derzeitigen Mietern die meisten, im Alter etwas Eigenes zu haben. Dieser Wunsch ist zwar in allen Einkommensgruppen stark ausgeprägt, realistischerweise können sich aber die unteren Einkommensgruppen noch am ehesten damit abfinden, auch im Alter ihr Zuhause zu mieten (Grafik Seite 1).

Die Wohnflächennachfrage 2030. Aufgrund verschiedener Effekte (vgl. iwd 36/2015) kommt das Prognosemodell des IW Köln zu dem Ergebnis, dass der gesamtdeutsche Wohnflächenkonsum bis zum Jahr 2030 von 46 auf 52 Quadratmeter pro Kopf steigen wird.

Dieses Nachfrageplus von nahezu 12 Prozent ist vor allem auf die wachsende Altersgruppe der über 65-Jährigen zurückzuführen – denn

je älter die Menschen, desto größer sind in aller Regel ihre Wohnungen. Kommt dann noch – wie in vielen Teilen Ostdeutschlands – eine massive Abwanderung der Jungen hinzu, hat das für den regionalen Wohnungsmarkt einschneidende Folgen:

In Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wächst der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bis 2030 mit 10 bis 11 Prozentpunkten am stärksten – in Hamburg und Berlin sind es nur 2 bis 3 Prozentpunkte.

Insgesamt werden in Deutschland im Jahr 2030 zusätzlich rund drei Millionen Wohnungen und Häuser von der Generation 65plus bewohnt.

Der damit einhergehende größere Bedarf an altersgerechten Wohnungen wird sich aber nicht nur über den Neubau realisieren lassen, sondern muss auch durch den Umbau bestehender Wohnungen gedeckt werden. Dies ist neben der notwendigen energetischen Verbesserung die zweite große Herausforderung für den Wohnungsbestand.

Philipp Deschermeier, Susanna Kochskämper, Michael Schier, Michael Voigtländer:
Der Wohnungsmarkt 2030 – Wie und wo die Generation 65+ leben wird
iwkoeln.de/wohnen-im-alter



Firmen unter Druck

Arbeitskosten. Der Anstieg der Löhne hat sich seit der Wirtschafts- und Finanzkrise beschleunigt. Das hat zu kräftigen Reallohngegewinnen geführt. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft eintrübt.

In den Aufschwungsjahren 2005 bis 2008 liefen Produktivitäts- und Lohnentwicklung noch Hand in Hand. Die Effektivlöhne – also die Tariflöhne plus Extras – legten im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 3,3 Prozent je Stunde zu, die Produktivität um 3,7 Prozent. Für die Arbeitnehmer zahlte sich das Lohnplus damals allerdings nicht richtig aus, denn die Inflation von insgesamt 6,5 Prozent in diesem Zeitraum fraß einen Teil der Zuwächse weg.

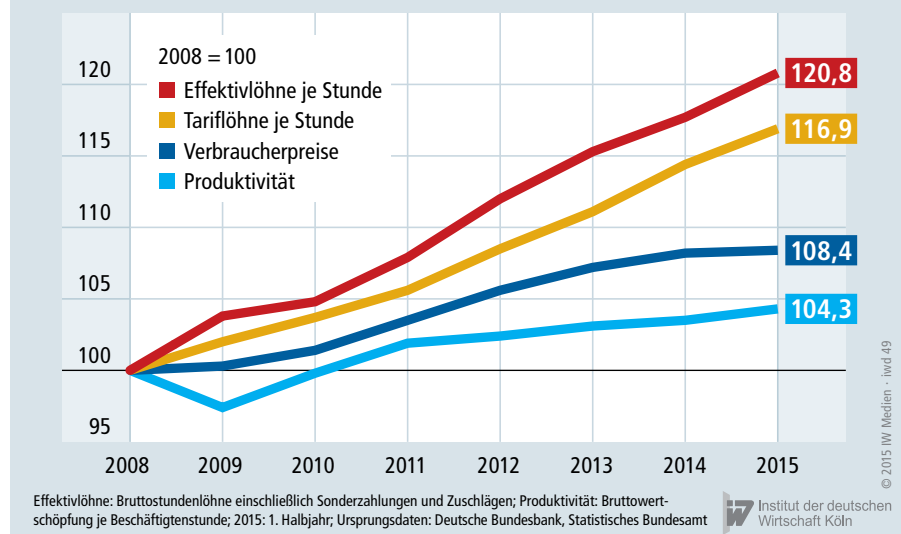
Seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 hat sich aber die Lohn- von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt (Grafik):

Während von 2008 bis zum ersten Halbjahr 2015 die Tarifverdienste je Stunde um fast 17 Prozent und die Effektivlöhne um nahezu 21 Prozent gestiegen sind, beträgt das Produktivitätsplus gerade einmal etwas mehr als 4 Prozent.

Weil die Verbraucherpreise im selben Zeitraum lediglich um 8,4 Prozent nach oben geklettert sind, ist den Arbeitnehmern in der Regel ein sattes Reallohnplus geblieben.

Das im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2015 sehr geringe Produktivitätswachstum hatte verschiedene Ursachen. Im Jahr 2009 ging die Produktivität deutlich zurück, weil

Löhne: Der Produktivität davongeeilt



die Produktion stärker als die Beschäftigung einbrach.

Neuerdings könnte für das geringere Produktivitätswachstum ein anderer Trend mitverantwortlich sein – viele Unternehmen stellen wegen des abzusehenden Fachkräftemangels Mitarbeiter auf Vorrat ein (Hortungseffekt). Hinzu kommt nach Einschätzung des Sachverständigenrats, dass die Unternehmen weniger betriebliche Bereiche oder Funktionen auslagern.

Die Arbeitnehmer haben damit vom jüngsten Aufschwung doppelt profitiert: Die Zahl der Jobs hat zugelegt und die Beschäftigten werden besser bezahlt. Beides hat die Kaufkraft erhöht. Dementsprechend ist der private Konsum inzwischen eine wichtige Stütze der konjunkturellen Dynamik.

So erfreulich diese Entwicklung für Arbeitnehmer zunächst ist – langfristig birgt sie Risiken. Wenn die Löhne schneller zulegen als die Produktivität, steigen die Lohnstückkosten. Dadurch hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft in den vergangenen Jahren zweifellos verschlechtert. Werden deutsche Pro-

dukte zu teuer, werden sie im In- und Ausland auch weniger nachgefragt.

Durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu Beginn des laufenden Jahres könnte sich die Lohndynamik sogar noch beschleunigen. Allerdings nicht nur aus dem Grund, dass eine Arbeitsstunde jetzt mindestens 8,50 Euro kostet – auch Löhne oberhalb dieser Marke könnten betroffen sein. Denn die Gewerkschaften verweisen darauf, dass die untersten Tariflöhne einen gewissen Abstand zur gesetzlichen Lohnuntergrenze haben müssten und deshalb hier ebenfalls nachgelegt werden sollte.

Einfache Arbeit muss aber auch in Deutschland bezahlbar bleiben. Denn wenn die erste Stufe der Produktion abgebaut wird, folgt rasch die nächste. Es kann der deutschen Wirtschaft also nicht egal sein, dass einfache Arbeit zu teuer wird. So wird nach Erhebungen des IW-Zukunftspanels vor allem bei einfachen Dienstleistungen die Zahl der Beschäftigten im Inland in den kommenden fünf Jahren unter dem Strich abnehmen, im Ausland dagegen deutlich zulegen. Einfache Arbeit wandert also ab.

Ausbildung von Jugendlichen

In Deutschland bilden derzeit 12 Prozent aller Ausbildungsbetriebe junge Menschen mit einer Behinderung aus. Betrachtet man die vergangenen fünf Jahre, hat sogar knapp ein Viertel der ausbildungsaktiven Unternehmen Auszubildende mit Einschränkungen beschäftigt, wobei größere Unternehmen sich häufiger engagieren als kleinere Betriebe.

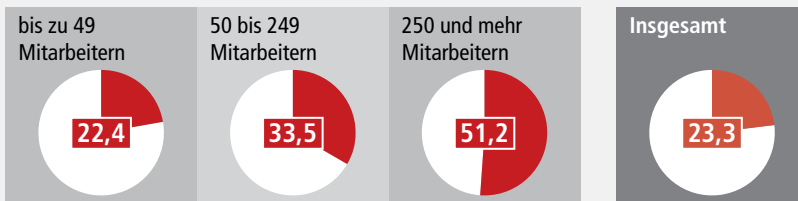
Die meisten dieser Auszubildenden haben eine „unsichtbare“ Behinderung: Der größte Teil der in den Unternehmen ausgebildeten Behinderten weist eine Lernbehinderung auf – etwa eine Legasthenie oder eine Rechenschwäche. Die zweithäufigste Beeinträchtigung sind körperliche Handicaps,

gefolgt von psychischen Behinderungen wie Schizophrenie oder Zwangserkrankungen. Nur sehr wenige Unternehmen, die Behinderte ausbilden, haben in den vergangenen fünf Jahren Azubis mit einer geistigen Behinderung beschäftigt.

Fragt man die Betriebe, welche Schwierigkeiten sie im Zusammenhang mit der Ausbildung von Menschen mit Behinderung sehen, teilen sich die Antworten in zwei Gruppen: Während Betriebe, die bereits Menschen mit Behinderung ausgebildet haben, vor allem über ausbleibende oder zu wenige Bewerbungen von Behinderten klagen, sorgen sich die unerfahrenen

Inklusion: Auch eine Frage der Unternehmensgröße

So viel Prozent der ausbildungsaktiven Unternehmen in Deutschland bilden aktuell Menschen mit Behinderung aus oder haben dies in den vergangenen fünf Jahren getan Unternehmen mit ...



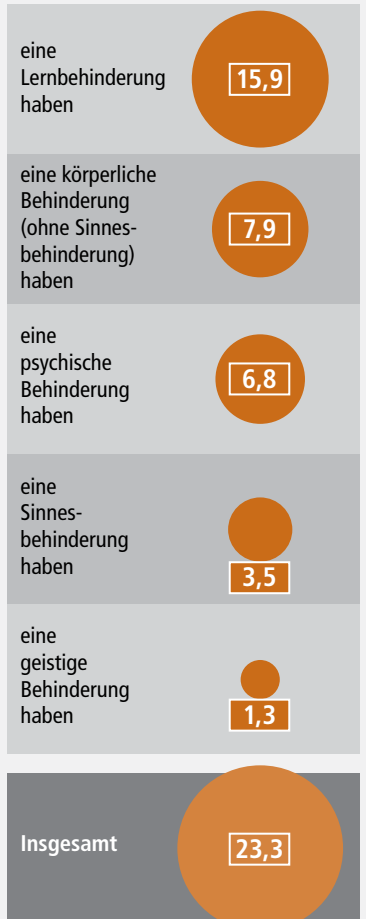
Befragung von 1.385 Unternehmen zwischen Juli und September 2015
 Ursprungsdaten: IW-Personalpanel

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 49

Welche Behinderungen Auszubildende haben

So viel Prozent der ausbildungsaktiven Unternehmen, die aktuell Menschen mit Behinderung ausbilden oder dies in den vergangenen fünf Jahren getan haben, beschäftigt(t)en Auszubildende, die ...



Befragung von 1.385 Unternehmen zwischen
 Juli und September 2015
 Ursprungsdaten:
 IW-Personalpanel

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 49

Was unerfahrene Unternehmen hemmt

So viel Prozent der Unternehmen, die bislang noch keine Menschen mit Behinderung ausgebildet haben, sehen bei der Ausbildung von Behinderten folgende Schwierigkeiten



Befragung von 1.385 Unternehmen zwischen Juli und September 2015
 Ursprungsdaten: IW-Personalpanel

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 49



mit Behinderung

Unternehmen in erste Linie um die passende räumliche und technische Ausstattung. Rund die Hälfte der Unternehmen ohne entsprechende Erfahrungen fürchtet zudem einen hohen Betreuungsaufwand und bemängelt fehlende Informationen über notwendige Unterstützungs- und Fördermaßnahmen bei der Ausbildung Behinderter. Dabei gibt es bereits zahlreiche Unterstützungsangebote, zum Beispiel die sozialpädagogische Betreuung oder die themenspezifische Qualifikation der Ausbilder, doch das scheint nicht zu den Personalverantwortlichen durchzudringen. So erklärt sich auch die breite Zustimmung für einen „One-Stop-Shop“: Mehr als drei Viertel der Unternehmen, die bereits Azubis mit Behinderung beschäftigt haben, wünschen sich einen externen Ansprechpartner, der für alle organisatorischen und institutionellen Fragen zur Verfügung steht und über die gesamte Ausbildungszeit hinweg eine Lotsenfunktion übernimmt.

Was das Ausbildungsengagement stärken würde

So viel Prozent der Unternehmen, die bereits Menschen mit Behinderung ausgebildet haben, würden diese Unterstützungsmaßnahmen begrüßen

Dass wir über die gesamte Ausbildungszeit einen festen externen Ansprechpartner für alle unterstützenden Maßnahmen haben	78
Dass wir an einer zentralen Stelle alle Informationen zur Ausbildung von Menschen mit Behinderung finden und dort unsere Fragen beantwortet werden	74
Dass unsere Auszubildenden bei Bedarf auf Ausbildungsmaterial in klar verständlichen Worten (leichte Sprache) zurückgreifen können	74
Dass unsere Auszubildenden eine Ausbildung in einzelnen Etappen abschließen können (modularisierte Ausbildung)	61
Dass wir für alle Fragen zur barrierefreien Arbeitsplatzgestaltung auf eine zentrale Servicestelle zurückgreifen können	60
Dass wir unseren erfolgreichen Absolventen einer Fachpraktikerausbildung eine weiterführende zwei- oder dreijährige Ausbildung anbieten können	56

Befragung von 1.385 Unternehmen zwischen Juli und September 2015
 Ursprungsdaten: IW-Personalpanel

 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 49

Was erfahrene Unternehmen hemmt

So viel Prozent der Unternehmen, die bereits Menschen mit Behinderung ausgebildet haben, sehen bei der Ausbildung von Behinderten folgende Schwierigkeiten



Befragung von 1.385 Unternehmen zwischen Juli und September 2015
 Ursprungsdaten: IW-Personalpanel

 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 49


aus IW-Trends 4/2015

Christoph Metzler,
 Sarah Pierenkemper,
 Susanne Seyda:
 Menschen mit Behinderung
 in der dualen Ausbildung –
 Begünstigende und
 hemmende Faktoren

iw.koeln.de/behinderung



Nicht an Kompetenzen rütteln

Euroländer. Führende Köpfe verschiedener EU-Institutionen wollen mehr Befugnisse von der nationalen auf die europäische Ebene verlagern. Gegen diese Pläne spricht jedoch, dass sich die unterschiedlichen Strategien der einzelnen Euroländer in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik kaum unter einen Hut bringen lassen. 

Schuldenkrise, Wachstumsschwäche, Deflationsangst – im Euroraum läuft vieles nicht rund. Auf der Suche nach einer Lösung der zentralen Probleme setzen immer mehr Politiker auf eine stärkere wirtschafts- und fiskalpolitische Integration.

So spricht sich die Europäische Zentralbank für ein europäisches Finanzministerium aus, das als Gegenpart zur EZB als Währungshüterin agiert. Der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron plädiert sogar für eine Euroregierung, die über ein eigenes Budget

verfügen und auch die Arbeitsmarktpolitik in der Eurozone mitgestalten soll.

Und der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, hat zusammen mit seinen Kollegen aus anderen EU-Institutionen Schritte hin zu einer Fiskalunion und einer politischen Union gefordert. Längerfristig müssten die EU-Institutionen dann auch eigene Finanzmittel bekommen, mit denen wirtschaftliche Schocks in den Euroländern abgefedert werden könnten.

Solche Kompetenzverlagerungen wären allenfalls dann erwägenswert, wenn die Mitgliedsstaaten in Sachen Wirtschafts- und Finanzpolitik weitgehend auf einer Wellenlänge lägen. Nur dann bestünde keine Gefahr, dass zentralisierte Entscheidungen den Interessen vieler Eurostaaten und ihrer Bürger zuwiderliefen.

Tatsächlich aber sind die Unterschiede zwischen den Euroländern

groß – etwa wenn es um die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik geht. Einige Beispiele:

- **Staatsausgaben.** Hinsichtlich der Ressourcenverteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft gibt es im Euroraum ein starkes Gefälle (Grafik):

In Finnland und Frankreich machten die Staatsausgaben im Jahr 2014 annähernd 60 Prozent der Wirtschaftsleistung aus – in den drei baltischen Staaten sowie in Irland dagegen weniger als 40 Prozent.

Die Spanne zwischen den Euroländern hat zudem in den vergangenen 15 Jahren noch zugenommen.

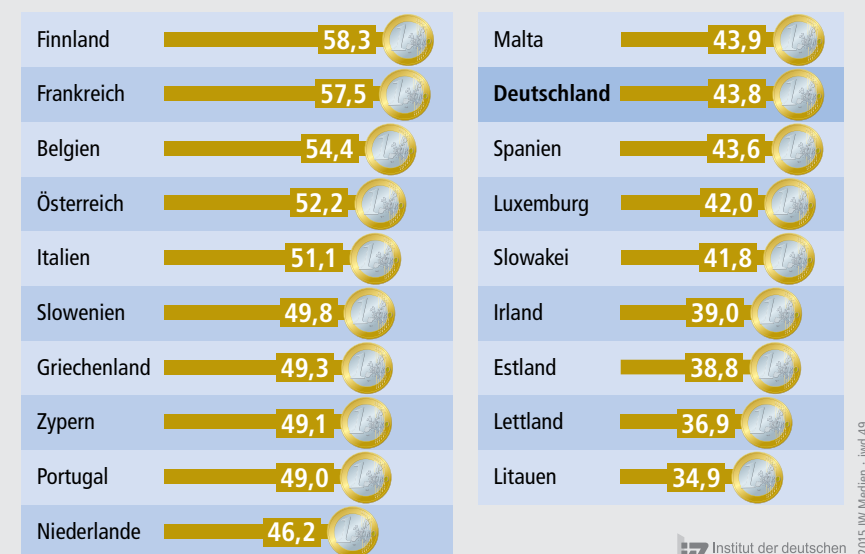
- **Sozialleistungen.** Auch die Rolle des Sozialstaats ist sehr unterschiedlich. Während in Frankreich 2012 fast 32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Sozialleistungen ausgegeben wurden, waren es in Estland gerade einmal 14 Prozent.

- **Subventionen.** Eine große Spannweite innerhalb der Eurozone gibt es auch in der Förderpolitik. Am höchsten waren die Subventionen 2014 in Belgien mit 2,9 Prozent des BIP – am geringsten fielen sie in Litauen mit 0,3 Prozent aus.

All dies zeigt, dass sich die nationalen Präferenzen im Euroraum kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist also aus gutem Grund weitgehend in der Hand der Mitgliedsstaaten verblieben. Daran sollte trotz aller akuten Probleme nicht gerüttelt werden.

Euroländer: Viel bis wenig Staat

Gesamtausgaben des Staates in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2014



Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 49

 **aus IW-Trends 4/2015**

Berthold Busch: Fiskalpolitische
Präferenzunterschiede in der EWWU
iwkoeln.de/praeferenzen-euroraum

Ist die schwarze Null gefährdet?

Staatshaushalt. Auch wenn die Steuereinnahmen weiter steigen, sind die rosigen Zeiten für den Fiskus erst einmal vorbei. Denn gleichzeitig wachsen die Ausgaben sprunghaft – vor allem die Flüchtlingshilfe hinterlässt ihre Spuren in den öffentlichen Kassen.

Für Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble könnte es kaum besser laufen: Viele Unternehmen stellen nach wie vor neue Mitarbeiter ein, die Beschäftigten freuen sich über kräftige Gehaltserhöhungen und geben ihr Geld – auch wegen der niedrigen Sparzinsen – fleißig in den Geschäften aus. Kurzum: Die Einnahmen aus der Lohn- und Mehrwertsteuer steigen und steigen.

Im Jahr 2016 wird der Fiskus voraussichtlich die Rekordsumme von gut 700 Milliarden Euro an Steuern kassieren.

Allerdings legen auch die Ausgaben kräftig zu – unter anderem, weil die Bevölkerung altert und dies zu höheren Aufwendungen für die Renten und das Gesundheitssystem führt.

Inzwischen ist ein weiterer großer Ausgabenposten hinzugekommen: die Hilfe für Flüchtlinge. Deren Unterbringung und Versorgung kostet den Staat im Jahr 2015 voraussichtlich rund 5 Milliarden Euro und 2016 etwa 14 Milliarden Euro. Für Sprach- und Integrationskurse sowie zur Förderung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt werden in diesem und im nächsten Jahr zusammen weitere 6 Milliarden Euro benötigt. All diese Zahlen gehen davon aus, dass bis Ende 2016 insgesamt rund 1,5 Mil-

Staatshaushalt: Der Überschuss schrumpft

IW-Prognose
in Milliarden Euro



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Statistisches Bundesamt

	2015	2016
Einnahmen	1.353	1.396
darunter:		
Steuern	689	703
Sozialbeiträge	506	531
Ausgaben	1.330	1.394
darunter:		
Soziale Leistungen	719	757
Arbeitnehmerentgelt	233	241
Bruttoinvestitionen	65	67
Subventionen	26	26
Finanzierungssaldo	23	2

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 49

lionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Wahrscheinlich werden die meisten Hilfesuchenden für längere Zeit in Deutschland bleiben, denn Krieg und Zerstörung verhindern den Weg zurück in ihre Heimat. Im Wunschscenario finden möglichst alle anerkannten Asylbewerber schnell einen Job oder einen Ausbildungsplatz; realistisch gesehen werden viele allerdings 2016 zunächst Hartz IV beziehen.

Diese zusätzlichen Ausgaben schlagen sich im Staatsetat nieder (Grafik):

Der Überschuss in den öffentlichen Haushalten und den Sozialversicherungssystemen schrumpft nach Berechnungen des IW Köln von 23 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf nur noch 2 Milliarden Euro 2016.

Das wäre zwar noch eine schwarze Null – der Haushaltssaldo würde etwas mehr als 0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen (vgl. iwd 48/2015). Sicher ist dies jedoch keineswegs – schon gar nicht, wenn mehr Flüchtlinge kommen als ange-

nommen. Schäuble will daher aus dem aktuellen Überschuss eine Rücklage von 6 Milliarden Euro für 2016 bilden.

Sollte der Haushalt dennoch geringfügig in die roten Zahlen rutschen, wäre das vor dem Hintergrund der humanitären Notwendigkeit, den Flüchtlingen zu helfen, nicht dramatisch – zumal die Schuldenbremse dem Bund neue Kredite bis zu 11 Milliarden Euro erlaubt. Trotzdem sollte der Staat seine Ausgaben stärker hinterfragen – beispielsweise indem er die Sanierung öffentlicher Gebäude verschiebt und stattdessen das Geld in neue Flüchtlingsunterkünfte steckt.

Wichtig aus Sicht der Finanzpolitik ist auch, wie schnell die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Zügige Asylverfahren, schneller zugängliche Integrations- und Sprachkurse sowie passende Qualifizierungen könnten dazu beitragen, dass viele Flüchtlinge bereits in einem Jahr einer Arbeit nachgehen – und damit von Hilfeempfängern zu Steuerzahlern werden.



Die Zukunft liegt in Südhessen

Städteranking 2015. In welcher deutschen Großstadt lässt es sich am besten leben, arbeiten und wohnen? Die Antwort gibt das Städteranking der IW Consult, das mit dem Zukunftsindex 2030 zudem erstmalig die Potenziale der insgesamt 69 Standorte beleuchtet.

Heute München, morgen Darmstadt – so lautet das Ergebnis des zwölften Städterankings der IW Consult (Grafik). München setzte sich im **Niveauevergleich** auch in diesem Jahr als unangefochtener Gewinner durch, während Darmstadt deutschlandweit die besten Entwicklungspotenziale bietet.

Darmstadt ist vor allem deshalb der Sieger des **Zukunftsindex**, weil es eine forschungsstarke und kreative Stadt ist und weil sich dort mehr als zwei Mal so viele Unternehmen mit dem Thema Industrie 4.0 beschäftigen wie im Bundesdurchschnitt.

Städteranking 2015

Für das Städteranking 2015 der IW Consult wurden 69 Großstädte in drei Rankings mit insgesamt über 100 Indikatoren bewertet. Betrachtet wurden die Entwicklung von 2009 bis 2014 (Dynamik), das absolute Niveau und erstmals auch die Zukunftsfähigkeit.

Deutschlands Zukunftsstädte	Punkte	Platzierung in der Kategorie			Platzierung im Niveau-Ranking
		Forschungsstärke	Industrie der Zukunft	Kreative Dienstleistungen	
1 Darmstadt	65,9	6	1	4	12
2 Erlangen	64,5	1	2	41	3
3 München	59,9	5	9	6	1
4 Jena	58,5	3	5	46	14
5 Heidelberg	58,4	8	14	3	17
6 Stuttgart	58,1	4	11	16	4
7 Karlsruhe	58,0	14	3	10	10
8 Dresden	56,4	9	23	7	28
9 Wolfsburg	56,3	2	4	69	6
10 Regensburg	55,7	15	6	23	7

Forschungsstärke: zum Beispiel die Zahl der Forschungsinstitute oder die Zahl der Beschäftigten in der Forschung und Entwicklung; Industrie der Zukunft: zum Beispiel die Zahl der 4.0-Unternehmen; kreative Dienstleistungen: zum Beispiel die Zahl der Beschäftigten im IT- und Mediensektor oder die Zahl der Opern- und Theaterbesucher; Punkte: Eine Stadt, die bei allen Indikatoren den jeweiligen Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50
Quelle: IW Consult

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 49

Besonders viele Punkte im Zukunftsindex erreichten vor allem jene Städte, die durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftsklustern und innovativen Unternehmen effiziente Wertschöpfungsnetzwerke gebildet haben – wie beispielsweise Erlangen, München und Jena.

Dagegen ist in vielen Städten Nordrhein-Westfalens die Wettbewerbsfähigkeit der zukunftsweisenden Industrien gering, die Forschungslandschaften sind vergleichsweise schwach ausgebildet und es gibt zu wenige kreative IT- und Medienunternehmen.

Im Rahmen des Städterankings 2015 wurden nicht nur der Zukunftsindex 2030 und der aktuelle Niveauevergleich erstellt, sondern auch wieder die relevanten Standortfaktoren für die **dynamische Entwicklung** bewertet. Dieses Ranking wird wie im Vorjahr von den Autostädten Ingolstadt und Wolfsburg angeführt. Die größten Verbesserungen in puncto Wirtschaftsstruktur innerhalb des Dynamik-Rankings erzielten Heilbronn und Pforzheim.

Das gesamte Gutachten sowie eine interaktive Karte mit den Zahlen zu allen untersuchten Städten gibt es unter: iwkoeln.de/staedteranking_2015

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber
Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich
Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.